

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis monatl. drei Haus 2,50 M. (Halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnpoststr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft  
Eigentümer: Dresden-21, Osterbahnpoststr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16—18 Uhr, Sonnabends 13—14 Uhr  
Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Osterbahnpoststr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 23. Mai 1929 Nummer 117

## „Kampf“ um den sächsischen Präsidentensessel

### Dobbert und Schwarz fordern die Koalition!

Der Dresdner Anzeiger triumphiert

Dresden, den 23. Mai.

Soll ich's wagen, wag ich's nicht, das ist jetzt die tägliche Frage, die die SPD-Strategen sich vorlegen. Die Schmeichelei nach Ministerposten ist groß. Sie wissen auch, ihr Eintritt in die Regierung ist nichts weiter als ein Streit um die Krinne mit den anderen bürgerlichen Parteien. Aber etwas hängt davon ab. Bisher hielten die sächsischen Sozialdemokraten die Arbeiter noch bei der Stange mit dem Betrugsmanöver, in dem sie sich radikaler als Hermann Müller und Genossen gebärdeten, daß sie erklären, mit der Reichspolitik nicht einverstanden zu sein. Geben sie jetzt in die Regierung, geben sie die Grundplattform ihrer bisherigen Agitationsstätigkeit auf. Deswegen wehrt sich ein Teil der SPD-Strategen noch, in eine Koalitionsregierung zu gehen. Andererseits werden aber die Dinge so, daß ein einhelliger Fortschritt der bisherigen Opposition für die sächsische SPD auch nicht möglich ist. Jede, ganz gleichgültig welche Regierung in Sachsen zukünftig regiert, wird ihre Politik im Rahmen der Reichspolitik durchsetzen und führen müssen. Praktisch steht deswegen auch bei der Frage, ob SPD- oder bürgerliche Minister, nur die eine Angelegenheit, die die Geschäfte des Ministeriums betreffen soll. Bleibt die sächsische SPD aus der Regierung, bleibt sie „Oppositions“partei, so wird ihre „Oppositions“stätigkeit ständig auf die Hinweise der bürgerlichen Presse, daß sie gegen die Politik von Müller, Hilferding und Coering opponiere. Eine solche „Oppositions“haltung würde aber auch die innerparteiliche Lage der SPD erschweren. Deswegen kann die sächsische SPD ihre bisherige Rolle nicht mehr einfach weiterführen. Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, daß schon im vorigen Landtag die SPD auf die Stellung im Reich Rücksicht nahm und Anträge, die die Reichspolitik geländerten, ablehnte.

Eine solche „Oppositions“politik würde und wird dieselben Folgen haben wie eine Regierungsbeteiligung. Die Loslösung der Arbeiter wird und muß im immer weiteren Umfange erfolgen. Das fühlen die Lügenjünger aus dem Lager der SPD. Darum befinden sie sich in der Klemme. Die Konsequenzen unter den sächsischen Führern sagen sich deswegen, durch den Eintritt in die Regierung werden wir vielleicht etwas retten können durch die Zuanberung kleinbürgerlicher Schichten, die sich abgewandert sind oder sich noch im Lager der Demokraten und Wirtschaftsparteiler befinden.

Diese Führer fordern jetzt mit aller Klarheit den Eintritt in die Koalitionsregierung.

Dem stellen sich noch gegenüber diejenigen Führer, die in der bisherigen Position verharrten möchten, die zum mindesten nicht vor den Gemeinwählern in eine Koalitionsregierung eintreten wollen. Die Dresdner Volkszeitung bringt gestern eine Anzahl solcher Stimmen:

Au der Spitze stehen die Ausführungen des bisherigen Landespräsidenten Schwarz. Er nimmt die Uebergangsbasis an, die wir schon ankündigten, da es nicht gelingt, den Marsch in die große Koalition mit einem besonderen Gehalt zu erreichen, heißt der Ruf: Rettung vor den Nationalsozialisten. Schwarz schreibt:

„Sich aber erst die Hitler-Deute am Steuer, dann ist es mit jedem Augenblick an die vorwärtsdringende marxistisch geführte Arbeiterschaft vorbei.“

Schwarz leistet sich dabei noch folgenden demagogischen Streich gegen die Kommunisten:

„Ich möchte eben Kommunist sein, um einen solchen Zustand herbeizuwünschen.“

Mit diesem Demagogentum kann Schwarz keine revolutionären Arbeiter irreführen. Die Arbeiter wissen, daß die einzigen wirklichen Feinde der Faschisten die Kommunisten sind. Die Sozialdemokraten sitzen im Reich mit den Volksparteilern in einer Koalition, Schwarz will diese Koalition auch in Sachsen. Ein großer Teil der führenden Mitglieder dieser Partei ist aber Mitglied des Stahlhelms. Auch deren Generalsekretär in Sachsen, jetzt neugewählter Abgeordneter. Das Bestreben, mit dieser Partei in Koalition zu kommen, kennzeichnet, wer zu den Faschisten steht. Zur Koalitionsbildung schreibt Schwarz:

„Es ist ziemlich rats, wenn verlangt wird, wir brauchen ja nur unsere Wahlforderungen vorzulegen, und falls diese Anerkennung fänden, könnte die Koalition steigen. Ich vertrete den Standpunkt, daß wir möglichst wenig, aber grundsätzliche Bedingungen zu stellen haben. Schulfragen, Steuerfragen, Fragen der Verwaltung und vor allem Fragen der Sozialpolitik müssen vorangestellt werden. In engster Fühlung mit den Gewerkschaften sind Arbeiterfragen zu formulieren. Alles in knapper Form, denn als alter Praktiker weiß ich ja nur zu gut, daß die jeweiligen Umstände“ manches anders gestalten, als es die schönsten Vereinbarungen eigentlich gestalten sollten.“

Dann erklärt Schwarz, man könne nicht warten, bis die anderen herankommen, die SPD müsse die Verhandlungen antkniefen.

„Also ran an den Feind, und wenn es mit einer Koalition sein soll,“ ist die Parole von Schwarz.

Mit einer bisher noch nicht dagewesenen Offenheit ergreift dann

der Meißner Abgeordnete Dobbert

das Wort für die Koalition mit den Bürgerlichen. Seine Ausführungen bestätigen die Charakteristik, die wir im Jahre 1926 von diesem jungen Mann gaben. Wir stellten damals seine Betriebsamkeit im Festhalten nach einer Beamtenposition im republikanischen Staat fest. Er schreibt:

„Wenn nun im Sächsischen Landtag die Sozialdemokratie nicht stark genug ist, eine sozialistische Regierung zu bilden, hat sie sich zu fragen: Wie gewinnen wir ein Höchstmaß politischen Einflusses im Interesse der sächsischen Arbeiterklasse? Da die SPD auch mit Einschluß der ja für eine Regierungsgesamtheit nicht in Betracht kommenden Kommunisten nicht genügend parlamentarische Macht besitzt, zu regieren, wird sie sich darum fragen müssen, ob sie mit den bürgerlichen Parteien verhandeln will. Denn soll überhaupt ein Sozialdemokrat als Ministerpräsident gewählt werden, so bedarf er dazu nicht nur der Stimmen der 33 Sozialdemokraten und der 12 Kommunisten, sondern es sind dann noch 4 Stimmen notwendig, die von anderen Parteien kommen müssen.“

Dieser Hinweis auf die eventuelle notwendige Unterstützung der Kommunisten ist für Dobbert nicht mehr als ein verlogenes Manöverchen, um seine Leser irreführen zu lassen. Wir wollen aber diese Gelegenheit ergreifen, um nochmals in aller Deutlichkeit zu betonen, daß die KPD keinen Minister, ganz gleich aus welcher Partei, unterstützen wird. Die KPD hat im Wahlkampf die Rolle der Regierungen im kapitalistischen Staat klar genug charakterisiert und auch ihre Stellung dazu. Kein Wahlausfall hätte an dieser Stellung etwas geändert.

Dobbert will aber eine Regierung mit der führenden Partei des Truistkapitals, mit der Deutschen Volkspartei.

Fest und rücksichtslos, ganz in der Sprache der Altsozialdemokraten,

der Bethke und Genossen schreibt, schreibt Dobbert:

„1926 hat die Sozialdemokratische Partei entgegen unserer Meinung erklärt: Wir lassen uns in feinerlei Verhandlungen ein! Weder mit den Kommunisten, noch mit den bürgerlichen Parteien. Bestand 1926 Einmütigkeit darüber, daß ein

(Fortsetzung 2. Seite)

### Reichswehr-Spigelzentrale enthüllt!

Berlin. Nach dem Bericht der „Weltbühne“ hat das Reichswehrministerium vor etwa zwei Monaten eine Zentralstelle zur Bekämpfung der Spionage in Groß-Berlin errichtet, die vornehmlich die Aufgabe hat, das dienstliche und außerdienstliche Leben und Treiben von Personen zu bespionieren, die der republikanischen Gesinnung und pazifistischen Tendenzen verdächtig sind. Herr Groener, der Koalitionsbruder der SPD-Minister, hat als Chef dieser Spionagezentrale den berüchtigten Oberleutnant der Marine, Prohe, eingesetzt, gegen den eine ganze Anzahl u. a. auch krimineller Verfahren laufen. Prohe war auch in die bekannten Kieler Munitionshiebungen verwickelt. Er ist also der geeignete Mann.

### „Trotz Verbot — Rotfront marschiert!“

Eingeständnis und neue Verbotshetze eines SPD-Blattes

Die Roten Pfingstaufmärsche der revolutionären Arbeiterschaft in ganz Deutschland veranlassen die sozialdemokratische Presse zu einer neuen Heze zum Verbot der KPD. Die sozialdemokratische „Volkswacht“ in Essen berichtet zunächst in ihrer Art über den dort stattgefundenen grandiosen Aufmarsch der Arbeiterschaft des Rhein-Ruhrbezirks. Sie läßt zunächst die Teilnehmerzahl von 35 000 auf 7000 bis 8000 herunter, reimt dann allerhand dummes Zeug über „die wahnsinnige Angst der KPD-Führer vor der eigenen Anhängererschaft, die ein zweites Berlin ganz sicher mit einer katastrophalen Massenflucht beantwortet hätte“, zusammen und muß dann wider Willen zugeben:

„Immerhin, wir sind aufrichtig genug (?), ganz offen zu bekennen, daß das bolschewistische Rhein- und Ruhrtreffen einige Tausend Menschen mehr in Bewegung brachte, als frühere KPD-Rundgebungen.“ (!)

Damit widerlegt die „Volkswacht“ ihren Schwindel von 7—8000 Teilnehmern selbst, da schon sehr oft in Essen Rundgebungen von 20 000 Teilnehmern und darüber stattgefunden haben. Dafür gibt sie ihren Genossen Severing und Grzesinski einen verständnisvollen Blick zu noch brutalerem Vorgehen und Verboten, indem sie schreibt:

„Nur einen großen Erfolg haben die Arrangements des bolschewistischen Rhein- und Ruhrtreffens zu verzeichnen: Sie haben es glänzend verstanden, das Rotfront-Verbot zu umgehen und den wochenlang in der kommunistischen Ruhrpresse verkündeten Wahlpruch wahrzumachen: „Trotz Verbot — wir marschieren!“

Aus diesem Zitat spricht die ganze Mut über die gelungenen Roten Pfingstaufmärsche. Ein Ansporn mehr, immer neue Massen der Roten Front zuzuführen.

## Erhöhte Forderungen der Alliierten!

Die deutsche Bourgeoisie in der Klemme

Paris, 23. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Bedingungen der Gläubiger sind gestern nachmittags der deutschen Delegation zugegangen. Es bestätigt sich, daß sie von dem Youngplan stark abweichen und die deutschen Vorbehalte wenig berücksichtigen. Wie groß die Mehrforderung der Alliierten auf die Jahreszahlung ist, kann noch nicht festgestellt werden. Dr. Schaht hat den französischen Delegierten Quenay um mündliche Erläuterungen zu der Jahresfala erzuht. Fest steht, daß die Stala von dem Youngplan vollständig abweicht. Die Forderungen für die belgische Bekleidungsmark sind erhöht. Es wird die Verlängerung der 2,5-Milliarden-Dawesrate bis 1. Januar 1930 gefordert. Offen bleibt die Frage der deutschen Zusatzleistungen für die Reparationsbank. Der Betrag des transferierten Teils soll erhöht werden. Die Aufbringung des Moratoriums ist abgelehnt. Die Telegraphenunion berichtet, daß Dr. Bögeler heute mit der Reichsregierung die Frage seines Rücktritts aus der deutschen Sachverständigendelegation klären wird. Als Nachfolger wird bereits Geheimrat Kassel, das geschäftsführende Mitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie genannt.

Die Bössische Zeitung erfährt über die Unstimmigkeiten, die in der deutschen Delegation vorhanden sind, daß anlässlich der letzten Reise Schahts und Bögelers nach dem Ruhrgebiet auf der Villa Hügel in Essen eine Konferenz zwischen den maßgebenden Vertretern der Schwerindustrie, Krupp, Thyssen, Silberberg, Kirchoff, Springorum, Dr. Schaht und Bögeler stattgefunden hat, auf der es zu heftigen Auseinandersetzungen kam. Seitens Thyssens und Kirchoffs wurden Ausführungen radikalster Art gemacht, während sich Krupp von Bohlen-Halbach bemühte, eine Einigung zustande zu bringen. Wenn jetzt Dr. Bögeler zurücktritt, so weicht er damit dem Druck seiner Auftraggeber, der großkapitalistischen Magnaten der Schwerindustrie. Diese Kreise versuchen, die deutsche Delegation im nächsten Augenblick auseinanderzujuprennen.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: „Man wird nähere Mitteilungen abwarten müssen, ehe man zu dieser Entwicklung der Dinge endgültig Stellung nimmt.“ Der Wortwart enthält sich jeden Kommentars.

Die Germania schreibt: „Wir halten es für verfehlt, sich in diesem Augenblick auf Spekulationen über die Gründe dieses Rücktritts einzulassen, hingegen hindert nichts, dieses Ereignis als ein ernstes Symptom für die Entwicklung der Reparationsverhandlungen zu werten. Alle Stellen verfolgen die Partiser Vorgänge mit immer wachsender Belorgnis, die durch den Inhalt des Gläubigermemorandums weiter erheblich gesteigert wird. Das letzte Wort ist zwar noch nicht gesprochen, aber in ihrer jetzigen Form kann die deutsche Delegation die Vorschläge der Gläubiger schwerlich annehmen.“

Die Börsenzeitung schreibt von „unannehmbaren Gegenvorschlägen der Tributmächte“. Die Annahme dieser Forderungen durch die deutsche Delegation in der vorliegenden Form müßte als ausgeschlossen gelten.

Zweifelsohne sind innerhalb der deutschen Bourgeoisie Gegenstände in bezug auf die Taktik in der Reparationsfrage vorhanden, die aber keineswegs grundsätzlicher Natur sind. Der Kuhhandel wird weitergehen und wie bisher mit der Annahme der wichtigsten Forderungen der Alliierten enden.

### Krupp baut rumänische Kriegsindustrie aus

Bukarest, 22. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Zm Anschluß an die kürzliche Reise des Generals von Seerd nach Rumänien ist jetzt ein Vertreter der Kruppwerke in Bukarest, wo sich Rumänien zweigleisig Eisenwerk befindet, eingetroffen. Es handelt sich dabei um den weiteren Ausbau der rumänischen Rüstungsindustrie.